



Beste Investition – Finanzbildung Wenn aus Minus Plus wird

Finanzbildung für alle Menschen fordert die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) in der bundesweiten Aktionswoche Schuldnerberatung vom 2. bis 6. Juni 2025.

Der richtige Umgang mit Geld und vorausschauende Finanzplanung kann Lebenswege entscheiden. Deshalb fordert die AG SBV Präventions- und Unterstützungsangebote, die lebensweltorientiert sind und alle Lebensphasen abbilden, so dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, richtige und nachhaltige finanzielle Entscheidungen zu treffen.

„Geld ist in vielen Familien noch immer ein Tabuthema, deshalb unterstützt auch die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege die Anliegen der AG SBV“, sagt Kerstin Tack, Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW). „Es braucht altersgerechte Angebote der Finanzbildung schon in der Kita. Aber auch in der Schule und in allen Bereichen, in denen Kinder, Jugendliche und Familien erreicht werden, ist eine strukturelle Verankerung von finanzieller Bildung notwendig. In einer auf Konsum angelegten Welt muss der Umgang mit Geld, Smartphone und Internet gelernt werden.“

Finanzbildung als zentrales Handlungsfeld im Rahmen des Bildungsbereichs Verbraucherbildung kann im Unterricht verschiedener Fächer oder im Rahmen schulischer Projekte junge Menschen dabei unterstützen, ihre Konsumententscheidungen zu hinterfragen, unseriöse Angebote zu erkennen und nicht auf „Finanzgurus“ auf Social Media hereinzufallen, die als „Finfluencerinnen“ und „Finfluencer“ vermeintliches Geheimwissen verkaufen. Dabei können Schuldnerberatungsstellen wichtige Unterstützung leisten. Sie sind neutral und unabhängig und vermitteln Kompetenzen, um tragfähige Entscheidungen zu treffen.

Die Landesregierung schätzt das Potential, das die sozialen Schuldnerberatungsstellen auch in diesem Bereich mitbringen. Die Fortführung der Landesförderung ist ihr daher ein wichtiges Anliegen. Niedersachsens Sozialminister Dr. Andreas Philippi hebt die kompetente Hilfe und Beratung in finanzieller, rechtlicher und auch in psychosozialer Hinsicht für Menschen, die sich in einer belastenden Lebenssituation befinden, besonders hervor. „Die soziale Schuldnerberatung setzt bereits zu einem früheren Zeitpunkt ein als die Beratungskonstellationen nach dem Insolvenzrecht. Hierdurch lässt sich vielfach eine weitere Überschuldung und der Übergang in ein Insolvenzverfahren vermeiden. Maßnahmen der Bundesregierung zur Prävention im Rahmen der Umsetzung des EU-Rechts zu Verbraucherkrediten sind zu begrüßen. Das kann auch im Bereich der sozialen Schuldnerberatung einen weiteren Beitrag leisten.“

Durch präventive Angebote und Aufklärung für Menschen aller Altersgruppen könnten finanzielle Schwierigkeiten frühzeitig erkannt und gelöst werden, bevor Ver- und Überschuldung eintritt. Bislang aber sind solche Präventionsangebote selten verlässlich finanziert. Zumeist werden sie lediglich durch Projektmittel gefördert, aber nicht dauerhaft implementiert.

Die Schuldnerberatungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege sollten speziell ausgerichtete Bildungsangebote auch für erwachsene Zielgruppen und alle Lebensphasen anbieten können. Nach dem OECD-Bericht zur Finanzbildung in Deutschland ist es erforderlich, das Finanzkompetenzniveau der Menschen in Deutschland zu steigern. Der Bericht besagt, etwa 30 % der Erwachsenen habe laut eigenen Angaben am Monatsende kein Geld übrig und 25 % seien nicht in der Lage, ihre Lebenshaltungskosten mindestens drei Monate lang zu decken, wenn ihre Haupteinnahmequelle wegfielen.

Hinzu kommt, dass viele Menschen unterschätzen, wie deutlich ihr Einkommen mit dem Renteneintritt sinken wird, wenn sie nicht rechtzeitig vorsorgen (können). Auch hier ist Sensibilisierung und Budgetplanungswissen unerlässlich.

Die neue Bundesregierung will eine kostenlose Schuldnerberatung einführen, die niemanden ausschließt. Dabei sollten Präventionsangebote nicht vergessen werden, damit

aus einem Minus ein Plus wird!

Nr. 83/2025		
Pressestelle Hannah-Arendt-Platz 2, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120-4060 Fax: (0511) 120-4277	www.ms.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@ms.niedersachsen.de